

Hintergrund & Debatte

Ein falsches Wort genügt

Die Verfolgung von kritischen Journalisten hat in der Türkei Tradition - sie begann lange vor Erdogans Herrschaft. Der wirtschaftliche Erfolg des Landes machte aber alles noch schlimmer. *Ein Essay von Yusuf Yesilöz*

Einst sagte mir ein Bekannter aus der Türkei: «Dein Fehler bei der Beurteilung von Medien ist, dass du unsere Medien mit denen in Deutschland und in der Schweiz vergleichst.» Ich muss gestehen, dass ich diesen Fehler in der Schweiz als Zeitungleser und Radiohörer nicht vermeiden kann. Ich konsumiere im Internet täglich viele kurdische und türkische Medien. Da kommt der Qualitätsvergleich automatisch zustande.

Seit ich mich erinnern kann, leidet in der Türkei die Meinungsfreiheit. Die Medien waren in zwei Kategorien eingeteilt: für die Regierung und gegen die Regierung. Wer versuchte, kritisch über die Machenschaften der Staatsmacht zu schreiben, musste mit ernsthaften Konsequenzen rechnen. Entlassen oder angeklagt zu werden, waren und sind heute noch die harmloseren Konsequenzen. Jeder, der nicht nach dem Gusto der Mächtigen schrieb, wurde zum Gejagten.

Dieser Umgang mit Medien ist nicht nur ein Merkmal der Regierungszeit von Erdogan. Die Unterdrückung von kritischen Stimmen war auch in den vorherigen Jahrzehnten eine bekannte Praxis. Viele haben für ihren Mut teuer bezahlt: Literaten wie Yasar Kemal, Nazim Hikmet und Aziz Nesin verbrachten Jahre hinter Gittern wegen ihrer Bücher, die dem Staat nicht passten. Ich erinnere mich schmerzlich an die Ermordung von Abdi İpekçi im Jahre 1979, Ugur Mumcu 1993, Musa Anter und von über 20 anderen kurdischen Journalistinnen und Journalisten in den 90er-Jahren. Die Morde an diesen renommierten Persönlichkeiten wurden nie richtig aufgeklärt. Keiner im Land zweifelt aber an der Mithilfe der Staatsorgane bei den Taten. Derzeit sind wegen der Ermordung des bekannten armenischstämmigen Journalisten Hrant Dink 2007 mehrere Männer in Haft, die zum Zeitpunkt der Tat höchste Ämter im Sicherheitsapparat bekleideten.

«Sublimale Botschaften»

Die Lage der Schreibenden hat sich in der Türkei in letzter Zeit deutlich verschlechtert, und das schon vor dem vereitelten Putschversuch am 15. Juli 2016. Gegen rund 150 Journalistinnen und Journalisten wurden im vergangenen Jahr Haftbefehle erlassen, Dutzende Medienhäuser, Zeitungen, TV- und Radiostationen wurden geschlossen. Unmittelbar nach dem Putsch wurden die Gülen-Medien verfolgt, wenige Wochen später kamen kurdische Medien dran. Ende September 2016 wurde sogar der kurdische Kindersender Zarok TV geschlossen. Die bekannten türkischen Schriftstellerinnen Asli Erdogan und Necmiye Alpay, die im beratenden Gremium der kurdischen Tageszeitung «Özgür Gündem» waren, verbrachten 2016 rund vier Monate im Gefängnis. Sie werden unter anderem beschuldigt, einer illegalen Organisation anzugehören, der PKK. Die Autorinnen bestreiten die Vorwürfe; ihre Verhaftung sei nur politisch motiviert.

Laut eines Berichts der Reporter ohne Grenzen liegt die Türkei im Index der Meinungsfreiheit auf Rang 151 von 180 beurteilten Ländern. Für die vielen Verhaftungen von Medienleuten ist die Beweislage sehr dünn. Im September 2016 wurde Ahmet Altan, ein scharfer Kritiker der AKP-Regierung, zusammen mit seinem Bruder, dem Wirtschaftsprofessor Mehmet Altan, verhaftet. Ihnen wurde ein Fernsehauftritt kurz vor dem gescheiterten Putsch zur Last gelegt: Die Altan-Brüder hätten «sublimale Botschaften» gesendet, dass geputscht werden solle. Darum seien sie zu den Unterstützern des Putschversuches zu zählen. Den Ausdruck «subliminal» hörten die meisten Türken zum ersten Mal. Der Romanautor und Kolumnist Ahmet Altan, der in seiner Art des Auftretens dem Schweizer Niklaus Meienberg gleicht, sagte in jener Sendung, dass die Regierung, wenn sie mit diesem grenzenlosen Druck so weitermache, einen Putsch fördern würde. Die Altan-Brüder sitzen im Gefängnis Silivri bei Istanbul. Wann sie einem Gericht vorgeführt werden, weiss keiner.

Die einstigen Verbündeten

Ein beträchtlicher Teil der inhaftierten Journalisten arbeitete für Medien der Gülen-Bewegung - sie soll beim Putschversuch die Drahtzieherin gewesen sein. Doch es wäre unkorrekt, wenn ich behaupten würde, dass diese Journalisten ihre Arbeit mit bestem Gewissen und Berufsethik ausgeübt hätten. Bis vor vier Jahren waren die riesige Gülen-Bewegung und Erdogans AKP noch enge Verbündete. Sie teilten sich die Macht. Sie teilten sich die Staats-



Der Journalist Ahmet Sik wurde zweimal verhaftet: Einmal weil er gegen und einmal weil er angeblich für die Gülen-Bewegung schrieb. Foto: Burak Kara (Getty Images)

vergaben. Auch Gülen-Medien gingen gegen ihre Gegner mit unheimlichen Methoden vor.

Der Fall des investigativen Journalisten Ahmet Sik ist hier aufschlussreich. Die Staatsanwälte mussten 2011 gehört haben, dass Ahmet Sik an einem Buch mit dem Titel «Imamin Ordusu - Die Armee des Imam» arbeitete, in dem er das grosse Netzwerk der Gülen-Bewegung in der Justiz und der Polizei beleuchtete. Im März 2011 liessen die Gülen-nahen Staatsanwälte, die eine parallele Justiz gebildet hatten, Ahmet Sik verhaften, noch bevor das Buch überhaupt erschienen war. Die Büros des Verlags İthaki wurden durchsucht und das Manuskript beschlagnahmt. Der Text fand trotzdem dank den sozialen Medien Verbreitung.

Ein Schlägertrupp verwüstete die Büros eines Medienhauses.

Ahmet Siks Prozess wurde mit dem Ergenekon-Prozess zusammen geführt, einem Prozess, in dem mehrere hohe Armeeangehörige angeklagt waren, die wegen einer angeblichen Putschvorbereitung in Haft sassen. Gegen Ahmet Sik lief eine schmutzige Kampagne in Gülens und Erdogans Medien. Er wurde vorverurteilt. Täglich durften wir in mehreren Artikeln lesen, Ahmet Sik gehöre zur Mediensäule des geplanten Staatsstreuchs.

Sik wurde erst ein Jahr später, auch auf internationalen Druck hin, freigelassen. Er äusserte nach seiner Entlassung die Überzeugung, dass eine fehlgeleitete Justiz dem Land weder Recht noch Demokratie bringen könne, und wies darauf hin, dass das Problem der Meinungsfreiheit nicht nur Journalisten betreffe, sondern auch über 6000 kurdische Politikerinnen und Politiker, die sich in Haft befän-



Yusuf Yesilöz

Der 53-jährige Autor und Dokumentarfilmer wuchs in einem kurdischen Dorf in der Türkei auf und lebt seit 30 Jahren in der Schweiz. Seine Romane und autobiografischen Werke wie etwa «Steppenrutenpflanze» (2000) erscheinen im Limmat-Verlag.

den. Die Gülen-Bewegung agiere wie eine kriminelle Vereinigung innerhalb der Bürokratie. Die Polizisten, Staatsanwälte und Richter, die Unschuldige verhafteten, würden hinter Gitter wandern. Diese Staatsanwälte und Richter der Gülen-Bewegung sind tatsächlich seit dem Putsch im Juli 2016 entweder in Haft oder aus dem Land geflüchtet.

Als Ironie der Zeit muss es gesehen werden, dass Ahmet Sik im Dezember 2016 erneut verhaftet wurde, wegen seiner Artikel in der regierungskritischen Zeitung «Cumhuriyet». Die Staatsanwaltschaft Istanbul warf ihm vor, er habe Propaganda für die kurdischen PKK und die Gülen-Organisation verbreitet - dabei hatte sich Ahmet Sik vor allem mit seiner kompromisslosen Kritik am Gülen-Netzwerk im Staatsapparat einen Namen gemacht.

Tankstellen, Strassen und Medien

Dank den Reportern der westlichen Medien können wir in der Schweiz objektivere Berichte über die Menschenrechtslage in der Türkei lesen als die Leute im Land selbst. Laut Beobachtern werden die Medien zu über 80 Prozent von den regierungsnahen Häusern kontrolliert, die kein Interesse an Informationsjournalismus haben. Ihre Berichterstattung verstehen sie als Unterstützung für das Tun der Regierung, vor allem für die Ziele von Erdogan, der nach dem gescheiterten Putsch die ganze Macht bei sich konzentriert hat.

Doch wie kam es dazu, dass die Regierung so viele Medien kontrolliert? Die grossen türkischen Mischkonzerne besitzen neben Geschäftszweigen wie Strassenbau, Tankstellen, Supermarktketten oder Kohleförderung auch eine oder mehrere Zeitungen und Fernsehsender. Das war schon vor Erdogans Machtübernahme so. Die Medienhäuser wissen: Kritisch über die Regierung zu berichten, schadet ihrem Geschäft.

Der Staat vergibt noch immer Aufträge, sei es für den Bau von Autobahnen und Bahnstrecken, von Schulhäusern oder Brücken. Während acht Jahren hatte das Land eine Wachstumsrate von fast zehn Prozent verzeichnet. Es waren riesige Geldsummen im Umlauf. Allein im Strassenbau hatte die Regierung in 15 Jahren mehr als 4000 Kilometer doppelspurige Autostrassen gebaut. Bei den Vergaben wurden ohne Ausnahmen jene Konzerne bevorzugt, die mit der Regierung enge Kontakte pflegten. Sie ihrerseits unterstützten Projekte der Regierung, kauften aber auch Zeitungen und Fernsehsender.

Viele Medienhäuser wurden vom Staat übernommen und an die regierungstreuen Geschäftsleute beinahe verschenkt. Abgehörte Telefonausschnitte von Erdogan kursierten im Internet. Er bestimmte, welcher Unternehmer welche Zeitung und TV-Station zu übernehmen habe. Medien, die nicht gekauft wurden, sollten mit Einschüchterungen gefügig gemacht werden.

Konfisziertes Drehmaterial

Früher sagte man unter den Journalisten in der Türkei, dass sich nur Reporter der ausländischen Medien kritische Fragen leisten können. Heute ist auch das anders geworden. Die Deutsche Welle hatte Anfang September 2016 den türkischen Sportminister interviewt. Die Aufnahmen waren fertig, die Deutschen wollten sich verabschieden. Weil sie dem Minister aber unangenehme Fragen gestellt haben, mussten die Journalisten ihre Aufnahmen beim Ausgang abgeben, ansonsten hätten sie das Gebäude nicht verlassen dürfen. Die Deutsche Welle hat gegen den türkischen Staat auf Herausgabe des Drehmaterials geklagt.

Das grösste Medienhaus Dogan Medya, das die auflagenstärkste «Hürriyet» herausgibt und bekannte Sender wie CNN Türk betreibt, hatte sich im Sommer 2015, also vor dem gescheiterten Putschversuch, noch geweigert, sich gänzlich hinter Erdogans Regierung zu stellen. Das Haus geriet unter enormen Druck. Schlägertruppen wurden eines Abends mit Kipplastern vor dem Haus abgeladen, sie stürmten die Istanbuler Medienzentrale, verwüsteten mit Steinen und Stöcken die Redaktionsräume. Unter den aggressiven Schlägern befand sich mit Abdurrahim Boynukalin ein Abgeordneter der Regierungspartei AKP im Nationalen Parlament. Die Dogan Medien mussten klein begeben.

Zum Schluss ein paar einfache Worte von Taha Khalil, einem kurdischen Dichter aus Syrien, der sieben Jahre in der Schweiz gelebt hat und heute als Moderator von Ronahi TV in Syrien arbeitet. Er sagte vor zwei Jahren im Schweizer Fernsehen: «Das Wichtigste, was ich in der Schweiz gelernt hatte, war der gegenseitige Respekt; den anderen zu respektieren, einmal, weil er verschieden von mir ist, und zum anderen, weil er ein Mensch ist.»

Dieser Text beruht auf einem Vortrag, den Yusuf Yesilöz an einer Tagung der Ulrich-Saxer-Stiftung für medienwissenschaftlichen Nachwuchs gehalten hat.